



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen von
Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.**

Antisemitismus

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat unter Bezug auf die FES-Mitte-Studie 2016 herausgearbeitet, dass zusammengefasst sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischem Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus geben. Nach den Analysen der Autor*innen sind antisemitische Bilder in allen Altersstufen in allen gesellschaftlichen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft sowie gesellschaftlicher Minderheiten abrufbar. Demnach äußert sich Antisemitismus oft verdeckt und in vielschichtigen Erscheinungsformen. Gleichzeitig wird Antisemitismus politisch und gesellschaftlich als insgesamt wenig bedeutsam erachtet und die (immer noch) weit verbreiteten Stereotype häufig bestritten. Der Bericht stellt heraus, dass die Relevanz von Diskriminierungen und das Schutzbedürfnis jüdischer Gemeinden ausschließlich historisch begründet und gegenwärtige Erscheinungsformen von Antisemitismus und ihre Wirkung oft nicht erkannt oder ernst genommen werden.

Wie möchte Ihre Partei die Forderungen und Empfehlungen des aktuellen Antisemitismusberichts umsetzen? Insbesondere in Bezug auf

- das Monitoring antisemitischer Einstellungen und die systematische Erfassung antisemitischer Übergriffen oder Vorfällen in der Gesellschaft,
- Jüdinnen und Juden in institutionalisierte Diskurse in Expertengremien, Förderprogrammen, politische Bildung einzubeziehen und den Diskurs "über" aufzubrechen,
- die Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb der eigenen Partei,
- bessere Rahmenbedingungen für die Prävention in der historisch-politischen Bildungsarbeit,
- Voraussetzungen für eine langfristig ausgerichtete und verlässliche Förderung von Bildungsprojekten zum Thema Antisemitismus und
- die Einsetzung einer*s Antisemitismus-Beauftragten.

Antwort:

CDU und CSU sehen in der Bekämpfung von Antisemitismus eine Daueraufgabe auf allen gesellschaftlichen Ebenen im föderativen System Deutschlands, der sich Exekutive, Legislative und Judikative in ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten auch im Austausch mit

der Zivilgesellschaft fortwährend stellen müssen. Um antisemitischen Bestrebungen noch besser vorbeugen und diese entschieden bekämpfen zu können, ist eine solide Datenbasis über die Art und den Umfang diesbezüglicher Straftaten notwendig. Auf polizeilicher Ebene erfolgt diese im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch motivierte Kriminalität. Dieser ist sachgerecht und damit ein praxistaugliches Instrument für die Erfassung antisemitischer Straftaten.

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Polizei bei der Erfassung von Hasskriminalität ausgebaut wird. Wir unterstützen eine stärkere Einbindung von jüdischen Wissenschaftlern, Fachkräften und anderen Personen in die Diskurse zur Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Antisemitismus.

Insbesondere der Abbau von Vorurteilsstrukturen und Rassismus auch im Alltag, Antidiskriminierungsarbeit und Gewaltprävention müssen aus Sicht von CDU und CSU dauerhafte Arbeitsschwerpunkte in der politischen Bildung sein. Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) verfolgt das Thema Antisemitismus als ein Schwerpunktthema ihrer Arbeit und ist dabei bestrebt, bei Publikationen und Handreichungen zum Thema Antisemitismus auch die Perspektiven betroffener Bevölkerungsgruppen einzubinden. Nach Ansicht von CDU und CSU sollte die BpB ihre Angebote auf diesem Feld systematisch weiterentwickeln.

Eine Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention findet anlassbezogen bereits jetzt statt; eine dauerhafte Förderung wird gewährleistet. Die konkrete Förderung einzelner Träger ist von der Ausgestaltung der relevanten Programme abhängig. Eine Verstärkung bestehender Förderansätze durch neue institutionelle Förderungen einzelner Träger oder im Rahmen eines Demokratiefördergesetzes wird von uns jedoch nicht befürwortet. Die Institutionen und geförderten Träger der politischen Bildung sowie die Sicherheitsbehörden vermitteln im Rahmen ihres Präventionsansatzes Wissen und Erfahrungen über strukturelle Ausprägungen, ideologische Ausrichtung, Hintergründe zur historischen Einordnung und geben Hinweise zu Umgang mit antisemitischen Einstellungsmustern sowohl im Rahmen von Schulungen als auch über spezifische Publikationen. Die Beauftragte der unionsgeführten Bundesregierung für Kultur und Medien fördert eine breite Palette von Projekten kultureller Bildung für junge Menschen

mit dem Ziel der Integration, der historischen Vermittlung und des interkulturellen Dialogs.

Demokratieförderung

Demokratie bedeutet bei nahezu allen politischen Parteien zuerst Wahlen und damit die Legitimierung parlamentarischen Handelns. Neben dieser Herrschaftsform kann Demokratie auch als eine Gesellschafts- und eine Lebensform verstanden werden. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie Schulen, Straßen, Marktplätze und Parks sind damit Teil der Demokratie, sie sind für alle da und alle tragen dafür Verantwortung. Eine gesicherte und gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung an diesen Systemen und Orten sollte deshalb ebenso Teil von Demokratie sein wie die Mitbestimmung darüber, wie wir zusammenleben wollen.

- **Abgesehen von Wahlen, wie möchte Ihre Partei ein demokratisches Miteinander auf zivilgesellschaftlicher Ebene und im Austausch von Zivilgesellschaft und Politik fördern?**
- **Welche Formen politischer Partizipation möchten Sie stärken?**

Die beiden Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Ein wichtiger unmittelbarer Baustein demokratischer Teilhabe besteht allgemein in der Mitgliedschaft und der Mitarbeit in politischen Parteien. Zivilgesellschaftliches Engagement leistet einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftspolitischer Herausforderungen. Die Förderung von Engagement, Zivilcourage und Konfliktfähigkeit sowie die Stärkung der gelebten, vielfältigen, demokratischen Gesellschaft und ihrer Werte ist ein grundlegendes Anliegen von CDU und CSU.

Die Konsultation zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen ist uns mit Blick auf unsere Arbeit wichtig. Wir sind bestrebt, eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenkultur zu unterstützen, in der extremistische und verfassungsfeindliche Strömungen keinen Platz finden. Das auf Bundesebene bestehende „Forum gegen Rassismus“ (FgR) ist eine interne Diskussionsplattform, auf der sich NGOs und die unionsgeführte Bundesregierung gemeinsam mit Rassismus und zu Fragen der Demokratieförderung auseinandersetzen und austauschen. Vor dem Hintergrund

dynamisch angelegter gesellschaftspolitischer Prozesse werden auch in Zukunft Konsultationen und Diskussionen mit der Zivilgesellschaft einen hohen Stellenwert haben. Auch über eine Verbesserung des Wissenschaft-Praxis-Transfers unter Beteiligung der Zivilgesellschaft sollte noch intensiver nachgedacht werden. Zielsetzung sollte dabei sein, durch Wissens- und Erfahrungsaustausch substantielle Grundlagen zu schaffen, um gesellschaftspolitische Probleme möglichst realitätsnah zu erkennen, zu benennen und darauf aufbauend effektive Formate und Vorhaben zu entwickeln und umzusetzen. Bei der Weiterentwicklung der Bundesprogramme und Fördermaßnahmen werden CDU und CSU weiterhin die Erfahrungen und Kompetenzen der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte programmübergreifend berücksichtigen.

Unsere Demokratie wird von Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Islamismus und diskriminierender Hetze bedroht. Viele dieser Einstellungen nehmen im Alter zu. Organisationen wie Gesicht Zeigen! richten sich in ihrer politischen Bildungsarbeit gegen diese Tendenzen. Präventive Bundesprogramme für Demokratie und gegen Extremismus basieren aber auf den Richtlinien des Kinder- und Jugendplans, weil es keine eigene gesetzliche Grundlage gibt. Damit können wir ältere Gesellschaftsschichten nicht erreichen. Die bisherige Förderung der Bundesprogramme sieht zudem im Wesentlichen die Förderung von Modellprojekten vor: Wir haben aber hervorragende und erprobte Konzepte für die präventiv-pädagogische Praxis, die wir ausbauen und verstetigen müssen. Dafür brauchen wir eine stabile Grundlage, die mehr Nachhaltigkeit und Planungssicherheit schafft.

• Welche Formen der Demokratieförderung in Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung möchte Ihre Partei durchführen?

• Wie positionieren Sie sich zu einem Demokratiefördergesetz wie es die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Anne-Frank-Zentrum, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland, die Türkische Gemeinde Deutschland und Deutsch Plus bereits im Jahr 2016 gefordert haben?

Die beiden Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Menschen- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen von den Bürgerinnen und Bürgern getragen und gegen die Feinde der Demokratie immer wieder neu verteidigt werden. Deshalb wollen CDU und CSU die politische Bildung und das Geschichtsbewusstsein stärken. Das beginnt in der Schule, muss aber auch Teil eines lebensbegleitenden Lernens sein. Daher wollen wir die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) beauftragen, neue Konzepte mit niedrigschwelligen Formaten für die Erwachsenenbildung zu entwickeln und in die Breite zu tragen. Ein eigenes Demokratiefördergesetz ist dafür nicht erforderlich.

CDU und CSU setzen sich gemeinsam für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Wir sind uns darin einig, dass eine nachhaltige Unterstützung der von Diskriminierung betroffenen Menschen und die Bekämpfung von Benachteiligungen auf allen Ebenen ein starkes Engagement sowohl auf Bundes- und Landes- als auch auf kommunaler Ebene erfordern. Antidiskriminierungsarbeit muss als Querschnitts- und Daueraufgabe in allen Lebensbereichen und den alltäglichen Arbeitsabläufen präsent und integriert sein. Der gegenseitige Austausch und eine übergeordnete fachliche Besetzung des Themas sind ein wichtiger Ansatzpunkt. § 29 AGG sieht die Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und Einrichtungen auf europäischer, Bundes-, Landes- und regionaler Ebene vor. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert in enger Zusammenarbeit mit den Länderministerien den Aufbau von landesweiten Beratungsnetzwerken, die die vor Ort vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote verknüpfen. Zu den Angeboten zählen Opferberatungsstellen, die Mobilen Beratungsteams (z. B. Fachstellen gegen Rechtsextremismus) und die Ausstiegsberatung. Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ist ein weiterer wichtiger Baustein. Im Rahmen dieses Projektes wurden auch neue Modellprojekte auf den beiden Themenfeldern „Rassismus und rassistische Diskriminierung“ und „Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter“ ausgewählt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Relevanz des Themas auf europäischer sowie Bundes- und Landesebene ist eine Weiterentwicklung zu diskutieren.

Bildung und Bildungsbenachteiligung

In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft so stark wie kaum eine andere Kategorie über die Bildungschancen. Von 100 Arbeiterkindern studieren 12, von 100 Akademikerkindern 74. Diese Benachteiligung liegt auch an der frühen Trennung der Schulkinder in verschiedene Schulformen (Haupt- und Realschule, Gymnasium) und wirkt sich zusammen mit anderen Faktoren wie einer bildungsfernen Herkunft oder rassistischer Diskriminierung extrem nachteilig aus, zum Beispiel für Kinder von eingewanderten Menschen. Faktoren wie die Arbeitslosigkeit von einem oder mehreren Elternteilen, einkommensschwache Haushalte oder der Wohnort können sich zudem nachteilig auf den Bildungsweg auswirken.

- Wie möchte Ihre Partei konkret sicherstellen, dass schulische und außerschulische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, ihrer Herkunft, ihres Wohnortes und ihrer individuellen Lernvoraussetzungen zugänglich sind?**

Antwort:

CDU und CSU sind der Garant für gute Bildung und Ausbildung. Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Herkunft, Einkommen und Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten. Dazu haben wir unter anderem rund 5,3 Milliarden Euro in Kitas investiert, denn eine gute frühkindliche Bildung und der Erwerb der deutschen Sprache erhöhen die Chancen für den späteren Bildungserfolg deutlich. Zudem helfen wir finanzschwachen Kommunen mit rund 7 Milliarden Euro bei der Sanierung der Schulen. Durch einen neuen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter sorgen wir dafür, dass dieser wichtige Bildungsabschnitt für möglichst viele Kinder erfolgreich verläuft. Denn die Betreuerinnen und Betreuer unterstützen die Kinder am Nachmittag auch bei den Hausaufgaben. Um individuelle Begabungen zu fördern, setzen wir uns zudem dafür ein, dass beispielsweise Sportvereine oder Musikschulen mit auf die Kinder zugeschnittenen Angeboten nachmittags in die Schulen kommen. Der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit liegt jedoch nicht allein in einer individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler, sondern auch in einer stärkeren Elternarbeit. Insbesondere Familien mit Einwanderungsgeschichte wollen wir so an unser Bildungs- und Ausbildungssystem heranführen.

Damit jeder begabte junge Mensch unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Hochschulstudium aufnehmen kann, wollen CDU und CSU das BAföG auch in der kommenden Wahlperiode an die sich wandelnden Rahmenbedingungen eines Studiums sowie an die Preis- und Einkommensentwicklungen anpassen. Außerdem wollen wir die Stipendienkultur ausbauen. Dies gilt auch und besonders für das Deutschlandstipendium.

• Wird Ihre Partei die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Bezug auf ein gemeinsames Lernen von Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen durchsetzen? Welche Maßnahmen sollen ein gemeinsames Lernen ermöglichen?

Antwort:

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und/oder sonderpädagogischem Förderbedarf haben Anspruch auf die rechtliche und praktische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Für den Bereich Bildung sind qualitativ hochwertiger Unterricht im allgemeinen Bildungssystem, individuelle Förderung, notwendige Hilfsmittel und Unterstützung ebenso wie wirkliche Teilhabe Kern dieses Anspruchs.

Im Mittelpunkt jeder schulischen Arbeit – auch und gerade an inklusiven Schulen – steht für CDU und CSU das Wohl des einzelnen Kindes, das während seiner Schullaufbahn individuelle Beschulung, Förderung, Begleitung und Unterstützung auf dem Weg zu einer möglichst selbstständigen Teilhabe an der Gesellschaft erfährt. Dazu halten wir am Prinzip der Wahlfreiheit fest: Die Eltern sollen aus den vielfältigen Angeboten wählen und über den bestmöglichen Bildungsweg für ihr Kind entscheiden können. Dies kann die Beschulung in der Regelschule sein, aber auch eine Förderschule, eine Förderklasse oder eine andere besondere Fördermaßnahme. Unser Ziel ist eine pädagogisch orientierte Wahl zwischen den Lernorten in Abhängigkeit vom Kindeswohl und dem Elternwillen. Die Entscheidungsfreiheit der Eltern sollte lediglich dann begrenzt werden, wenn das Wohl des Kindes oder der Lerngruppe gefährdet ist. Außerdem muss die Durchlässigkeit zwischen Förder- und Regelschule grundsätzlich möglich sein.

• Wie möchte Ihre Partei ganz konkret die Arbeitsbedingungen von Lehrer*innen und jedem pädagogischen Personal an Schulen verbessern?

Antwort:

Hervorragende Ausbildung, Auslandsaufenthalte, flexible Arbeitszeiten und Freistellungsphasen sind für CDU und CSU wichtige Elemente, die den Lehrerberuf attraktiver machen und junge Menschen motivieren, diesen Beruf zu ergreifen. Mit Blick auf die Altersabgänge und insgesamt weniger Berufsanfänger ist es wichtig, kontinuierlich geeignete junge Menschen in ausreichender Zahl für das Lehramt zu gewinnen. Daher wollen wir differenzierte Informationen über das Berufsbild des Lehrers in gezielten Aktionen an Jugendliche vermitteln. Ziel ist ein dynamisches und entwicklungssträchtiges Berufsbild. Hinzukommen sollen mehr Kontinuität und Berechenbarkeit für bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen insgesamt.

- **Was möchte Ihre Partei für eine bessere Qualifizierung in Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Personal im Bildungsbereich tun – besonders im Hinblick auf didaktisches Wissen und methodische Kompetenzen in einer zeitgemäßen Demokratieförderung?**

Antwort:

Bei der Lehrerbildung handelt es sich um eine komplexe Aufgabe: Neben einem fachwissenschaftlichen Studium sollen unsere Lehrkräfte über methodische und didaktische Kompetenzen verfügen und im Unterricht anwenden. Mehr noch: Mit Digitalisierung, inklusiver Bildung und der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft wachsen die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer weiter, so dass der Fortbildungsbedarf steigt. Der Staat steht für ihre Ausbildung in einer besonderen Verantwortung. Die unionsgeführte Bundesregierung hat daher mit den Ländern die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ initiiert, in deren Mittelpunkt die lehrerbildenden Hochschulen stehen. Ziel der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ ist es, einen wettbewerblichen, breit wirkenden und kapazitätsneutralen Impuls zu geben, mit dem eine qualitativ nachhaltige Verbesserung für den gesamten Prozess der Lehrerbildung bis in die berufliche Einstiegsphase und die Weiterbildung inhaltlich und strukturell erreicht werden soll. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ umfasst zwei Förderphasen 2014 bis 2018 sowie 2019 bis 2023. Auf diese Weise wollen wir eine praxisorientierte Ausbildung vorantreiben, die die Schulwirklichkeit einbezieht. Gelingen kann das, wenn von Anfang an schulpraktische Elemente in der Lehrerausbildung verankert und die drei

Ausbildungszeiten – Lehramtsstudium, Referendariat und Lernen im Beruf – eng miteinander verzahnt werden.

Hate Speech und Diskriminierungen im Netz

Hassrede soll Menschen verunglimpfen und herabsetzen. Sie fördert Diskriminierungen und Hetze gegen bestimmte Menschengruppen und ruft zu Gewalt gegen sie auf. Gesicht Zeigen! sieht den Umgang mit dieser Hasskriminalität als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Mit der Übertragung der Verantwortung für das Erkennen und Löschen von strafrechtlich relevanten Inhalten auf die Plattformbetreiber allein ist dem Problem nicht beizukommen. Damit erreichen wir nicht die Täter und bekämpfen vor allem nicht die Ursachen von Hasskriminalität. Aufklärung, Prävention, Dialog und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Werte unserer Demokratie sind dringend nötig.

- **Wie möchte Ihre Partei mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz umgehen bzw. welche Gesetzesänderungen sehen Sie vor?**
- **Wie plant Ihre Partei sowohl die Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz als auch die Betroffenen von Hasskriminalität zu schützen?**
- **Was plant Ihre Partei, um Hassrede, Diskriminierungen und Menschenfeindlichkeit im Netz entgegenzuwirken und eine respektvolle Netzkultur zu fördern?**

Die drei Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Soziale Medien bieten neue Chancen und Möglichkeiten der Kommunikation. Gesellschaftliche Gruppen und Individuen können über nationale Grenzen hinweg viel schneller und direkter miteinander ins Gespräch kommen. Jeder Einzelne kann Diskussionen anstoßen. Eine Enthemmung der Sprache sowie die Verbreitung von Hass und Aufrufe zur Gewalt – vor allem im Netz, aber eben nicht nur dort – erfüllen viele Menschen zu Recht mit Sorge.

Wird im Netz beleidigt, verleumdet und zu Terror aufgerufen, sind diese rechtswidrigen Inhalte leider oft viel zu lange online. Auch zur Sicherung der Meinungsfreiheit muss man gegen strafbare Inhalte vorgehen. Die Schranken sind dort, wo die Persönlichkeitsrechte

Dritter verletzt werden. Wir wollen eine Selbstregulierung der Plattformbetreiber und eine maßvolle Verschärfung von Vorschriften im Telemediengesetz, im Straf- und Zivilrecht, sowie eine Stärkung der Debattenkultur in den Netzwerken.

CDU und CSU sind überzeugt: Alle gesellschaftlichen Kräfte können zu einer konstruktiven Diskussionskultur beitragen, wenn ihre Sprache, ihr Auftreten und Handeln von Anstand und Respekt für andere Meinungen geprägt ist. In Zeiten des digitalen Wandels wird Medienkompetenz deshalb zu einer Schlüsselkompetenz in unserer Gesellschaft. Das gilt sowohl für Kinder und Jugendliche als auch ganz besonders für Erwachsene. Dazu gehört aber nicht nur die technische Bildung, sondern auch die Fähigkeit, Informationen und Nachrichten zu verstehen und einordnen zu können sowie vertrauenswürdige Quellen zu erkennen. Eine grundlegende Medien- und Informationskompetenz zu vermitteln, gehört zum Bildungs- und Erziehungsauftrag von Familie, Kindergarten und Schule sowie Institutionen der Erwachsenenbildung. Zudem muss Medien- und Plattformkompetenz auch durch das jeweilige Medium bzw. die Plattform vermittelt werden.

Zudem haben CDU und CSU Ende Juni 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz beschlossen, das Plattformbetreiber verpflichtet, ein wirksames und transparentes Verfahren für den Umgang mit Beschwerden vorzuhalten, das für Nutzer leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar ist. Betroffene können nun Auskunft von Internetplattformen bekommen, wenn gegen sie in strafbarer Weise gehetzt wurde. Es ist wichtig, dass da, wo der weite Rahmen der Meinungsfreiheit in rechtswidriger Weise überschritten wird, ein praktikabler Weg eröffnet ist, um die notwendigen Informationen über den Verfasser zu erhalten und ihn zur Verantwortung zu ziehen. Offensichtlich rechtswidrige Inhalte müssen deshalb in der Regel innerhalb von 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde entfernt werden. Für Inhalte, deren Rechtswidrigkeit nicht offensichtlich ist, gilt im Grundsatz eine Sieben-Tages-Frist. Eine Überschreitung soll möglich sein, wenn begründet mehr Zeit für die rechtliche Prüfung benötigt wird.

Zudem können Plattform-Betreiber die Entscheidung über Zweifelsfälle an eine Art freiwilliger Selbstkontrolle delegieren, in der Gesetzessprache an eine "anerkannte Einrichtung der regulierten Selbstregulierung". Reguliert deshalb, weil die Einrichtung gesetzliche Kriterien erfüllen, staatlich zugelassen und vom Bundesamt für Justiz überwacht sein muss. Unter anderem müssen in ihren Entscheidungsgremien die

Landesmedienanstalten vertreten sein. Die Vorschriften im Netzwerkdurchsetzungsgesetz zur regulierten Selbstregulierung orientieren sich an geltenden Bestimmungen im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Mit den Ausnahmen von der Sieben-Tages-Frist soll Overblocking, also die vorsorgliche Sperrung von möglicherweise gar nicht strafbaren Inhalten, vermieden werden.

Anonymität im Netz hat für die CDU und CSU ihre Grenzen dort, wo man sich strafbar macht. Denn die Rechtsordnung muss sicherstellen, dass die Bürger ihre Rechte gegen andere vor Gericht auch tatsächlich durchsetzen können. Wir werden die Entwicklung in der Praxis sorgfältig beobachten und gegebenenfalls in der nächsten Legislaturperiode nachbessern, falls sich die Hürden für die Betroffenen noch immer als zu hoch erweisen sollten.

Migration

In den letzten Jahren sind so viele Menschen wie nie zuvor nach Deutschland eingewandert, darunter ebenso EU-Bürger*innen oder Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan. Für sie gilt ein nahezu undurchsichtiger Paragraphendschungel aus Integrations- und Zuwanderungsgesetz und Asylgesetzgebung, die überwiegend eine abschreckende Wirkung für Migrant*innen entfalten und zum Teil menschenunwürdige Zustände beispielweise in Flüchtlingsheimen hervorbringen. Inzwischen haben 21 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Als Einwanderungsland leben wir von der Vielfalt an Erfahrungen, Lebensweisen, Kompetenzen und Identitäten, die diese Menschen mitbringen und haben. Die Selbstverständlichkeit von Zuwanderung sollte sich auch in ihrer gesetzlichen Regelung widerspiegeln und insbesondere im Falle Geflüchteter im Einklang mit humanitären Prinzipien stehen.

• Welche Schritte plant Ihre Partei, um ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen?

Antwort:

Den Fachkräftezugang nach Deutschland haben wir in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert und vereinfacht. Dieser Bedarf wird in den nächsten Jahren weiter steigen – aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung und wegen der

rückläufigen Zahl junger Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten. Ausreichend Fachkräfte, die dem Arbeitsmarkt in den verschiedenen Bereichen zur Verfügung stehen, ziehen ihrerseits die Schaffung weiterer Arbeitsplätze nach sich.

Deshalb braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderung für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration.

• Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, eine positive Kultur der Zuwanderung und die Anerkennung von Diversität in Deutschland zu befördern?

Antwort:

Deutschland zeichnet sich durch eine wunderbare Einheit in Vielfalt aus. Landschaftlich, kulturell und menschlich. Sie ist über Jahrhunderte entstanden und das Ergebnis vielfältiger Entwicklungen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten beschleunigt haben. Millionen Deutsche haben aufgrund von Flucht und Vertreibung aus Ost- und Mitteldeutschland ihre Heimat verloren. Viele kamen und kommen noch heute als Spätaussiedler aus Russland sowie aus Mittel-, Süd- und Osteuropa. Mit dem Wirtschaftswunder kamen Gastarbeiter aus Italien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei. Später Flüchtlinge aus Vietnam und Sri Lanka, und nun zuletzt aus Afrika, dem Nahen und dem Mittleren Osten.

Deutschland ist heute ein modernes Land mit einer starken und unverwechselbaren Identität. Vielleicht noch stärker als zuvor. Wir haben unsere kulturellen Wurzeln bewahrt und unseren Zusammenhalt gestärkt. Bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland und bei unzähligen Gelegenheiten seither haben Millionen Menschen aus allen Alters- und Gesellschaftsschichten dies eindrucksvoll unter Beweis gestellt: Es ist ein fröhliches, ungezwungenes und selbstbewusstes Bekenntnis zu einem Deutschland, auf

das wir stolz sein können. Ein patriotisches Bekenntnis, das niemanden ausschließt und sich gegen niemanden richtet. In Deutschland darf kein Platz für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Intoleranz oder Diskriminierung sein.

Zu unserem Land gehören alte und neue Deutsche, Menschen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Migrationshintergrund. Die große Mehrheit ebenso wie ethnische und gesellschaftliche Minderheiten. Wir schließen niemanden aus und bitten alle, an einer guten Zukunft Deutschlands mitzuwirken.

• Was plant Ihre Partei, um dafür Sorge zu tragen, dass diese Diversität, v. a. in Bezug auf verschiedene kulturelle Herkunft, auch bei Lehrkräften in Bildungseinrichtungen abgebildet wird?

Antwort:

CDU und CSU ermutigen Menschen mit Einwanderungsgeschichte ausdrücklich, den Erzieher- und den Lehrerberuf zu ergreifen, um als Vorbilder und Brückenbauer in den Bildungseinrichtungen tätig zu werden. Denn interkulturelle Erziehungskompetenzen erhöhen die Chancen auf eine gelingende Integration. Zudem sollen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die ausgebildete Lehrer sind, verstärkt Wiedereinstiegsangebote erhalten. Dabei erleichtern die Berufsankennengesetze der Länder die Feststellung der bereits im Ausland erworbenen Qualifikationen. Zugleich wollen wir uns dafür einsetzen, dass Diversitätskompetenzen integraler Bestandteil der Lehrerausbildung werden.

• Wie positionieren Sie sich zu Abschiebungen in Länder wie Afghanistan, in denen das Leben von Menschen bedroht ist?

Antwort:

Zur Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und nicht Schutzbedürftigen gehört auch, dass diejenigen, denen in einem ordentlichen Verfahren ein Recht auf einen Aufenthalt rechtskräftig versagt wurde, unser Land wieder verlassen müssen. Angesichts sicherer innerstaatlicher Fluchtalternativen in Afghanistan sind CDU und CSU der Auffassung, dass auch dorthin Rückführungen grundsätzlich stattfinden können – soweit dies von der jeweils aktuellen Beurteilung des Auswärtigen Amtes über die dortige Lage

gedeckt ist. Nach dem jüngsten Anschlag in Kabul hat die unionsgeführte Bundesregierung beschlossen, die Lage in Afghanistan im Juli 2017 neu zu beurteilen. Die zwangsweise Rückführung abgelehnter Asylbewerber soll bis zur neuen Lagebeurteilung nur nach einer Einzelfallprüfung bei Straftätern und terroristischen Gefährdern erfolgen sowie bei abgelehnten Asylbewerbern, die sich hartnäckig der Identitätsfeststellung verweigern. Das Auswärtige Amt hat inzwischen eine Lagebeurteilung in Form eines Zwischenberichts (Stand 28. Juli 2017) vorgelegt. In einem gemeinsamen Schreiben der Bundesminister de Maizière und Gabriel vom 8. August 2017 wurde den Ländern mitgeteilt, dass die genannten drei Personengruppen (Straftäter, Gefährder, Identitätstäuscher) bis auf weiteres nach Afghanistan zurückgeführt werden können. CDU und CSU befürworten diese Linie.

• Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür Sorge zu tragen, dass alle Geflüchteten in menschenwürdigen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Unterkünften untergebracht werden?

Antwort:

In Deutschland liegt die Zuständigkeit für die Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber bei den Bundesländern und den Kommunen. Die Mindeststandards für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern sind in der EU-Aufnahmerichtlinie, geregelt. Diese werden in Deutschland eingehalten. Daher ist die in der Frage aufgestellte Behauptung, in deutschen Flüchtlingsheimen herrschten z. T. menschenunwürdige Zustände, zurückzuweisen.

Rechtsextremismus und rechte Gewalt

Rechtsextremisten lehnen die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen ab, sie verbinden inhumane, ausgrenzende und diskriminierende Elemente wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus und Autoritarismus und richten sich damit gegen unsere demokratische Gesellschaft. Rechtsextremismus weitet sich weiterhin in Deutschland aus, auch gewalttätige Übergriffe nehmen zu. So gab es im Jahr 2016 allein 3774 Angriffe auf Asylsuchende und durchschnittlich alle drei Tage einen Brandanschlag. Pegida, Reichsbürger, Identitäre, Afd und NPD bezeugen die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts. Offene Fragen aus sämtlichen NSU-

Untersuchungsausschüssen belegen zudem strukturelle Schwierigkeiten im Erkennen und im Umgang mit rechter Gewalt.

- **Wie möchte Ihre Partei die gemeinsamen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode umsetzen? Wie planen Sie mit den noch bestehenden offenen Fragen zur Mordserie des NSU und der Verantwortung der Behörden umzugehen?**

Antwort:

Der erste NSU-Untersuchungsausschuss hat mit seinem Abschlussbericht 47 parteiübergreifende Empfehlungen für die Bereiche Polizei, Justiz und Verfassungsschutz ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag haben wir bekräftigt, diese Empfehlungen zügig umzusetzen. Dies ist geschehen. Die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und des Landes zu verbessern, wurden umgesetzt. Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss hat diese Bemühungen ausdrücklich anerkannt. Ständige Aufgabe ist es zudem, Maßnahmen, die zu einem Bewusstseins- und Kulturwandel in den Behörden beitragen, weiter voranzutreiben.

CDU und CSU unterstützen jegliche Aufklärung des NSU-Komplexes nach Kräften. Das galt für die Tätigkeit des 2. NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages. Weitere Untersuchungsausschüsse sind in den Ländern Hessen, Thüringen, Sachsen, Brandenburg und Baden-Württemberg tätig. Auch diese unterstützen wir mit einem hohen Einsatz. Insgesamt haben sich bislang 12 Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene intensiv mit der Aufklärung des NSU-Komplexes befasst.

- **Wie will ihre Partei zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die sich gegen rechte Gewalt und rassistische Vorurteile einsetzen, finanziell absichern und politisch unterstützen, um ihre dringend notwendige Arbeit langfristig zu gewährleisten?**

- **Wie möchte Ihre Partei erreichen, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalisieren?**

Die beiden Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Wir treten jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen – unabhängig davon, ob es sich um Linksextremisten, Rechtsextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. Wir sind auf keinem Auge blind. CDU und CSU sehen in der nachhaltigen Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus ein wichtiges Thema, dem seit Langem bei der Konzipierung und Umsetzung der Angebote politischer Bildung durch eine Vielzahl von Trägern, bei der Durchführung von Bundes- und Landesprogrammen zur Extremismusprävention und in der sozialwissenschaftliche Forschung nachgegangen wird.

Das unionsgeführte Bundesregierung hat im Juli 2016 die „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ und im Juni 2017 den erneuerten „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus – Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen“ (NAP) beschlossen. Sowohl in der ressortübergreifenden Strategie, die auf ein gemeinsames Handeln des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie der Zivilgesellschaft setzt, als auch im NAP ist die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des politischen bzw. religiös motivierten Extremismus ein wichtiges Anliegen.

Die Trägerförderung der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) und das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) unterstützen gleichermaßen die bundesweit in diesem Themenfeld tätigen Träger der politischen Bildung, Vereine und Initiativen in ihrer Arbeit. Eine Förderung von Trägern, die sich gegen rechte Gewalt und rassistische Vorurteile einsetzen, wird dauerhaft gewährleistet. Die konkrete Förderung einzelner Träger ist von der Ausgestaltung der relevanten Programme abhängig. Eine Verstärkung bestehender Förderansätze durch neue institutionelle Förderungen einzelner Träger oder im Rahmen eines Demokratiefördergesetzes wird jedoch nicht befürwortet.

Besonders junge Menschen sind eine wichtige Zielgruppe bei Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit Extremismus. Vorbeugende Maßnahmen müssen möglichst früh und im unmittelbaren persönlichen Umfeld erfolgen. So spielen insbesondere Schulen und Vereine, also Orte, an denen sich junge Menschen außerhalb ihrer Familien aufhalten, das Internet und soziale Netzwerke eine bedeutende Rolle. Insbesondere durch Angebote der

politischen Bildung werden Jugendliche u. a. für das Thema Rechtsextremismus sensibilisiert und zur Reflexion eigener Positionen angeregt. Im Mittelpunkt der Arbeit steht dabei, rechtsextremen Einstellungen und Parolen bereits im Vorfeld den „Nährboden“ zu entziehen und der Zivilgesellschaft konkrete Hilfestellung zu geben, um den „Werkzeugkasten“ für die argumentative Auseinandersetzung mit extremistischen bzw. rassistisch diskriminierenden Einstellungen zu erweitern.